

Rechtsanwältin Bianca Jörg

Mandanten-Fragebogen

Persönliche Daten:

Nachname:

Namen:

Straße:

PLZ/Wohnort

Geburtsdatum

Telefon (privat)

Telefon (geschäftliche)

Mobiltelefon:

E-Mail:

Bitte nur die Daten angeben, auf deren Art Sie informiert bzw. kontaktiert werden wollen.

Vorsteuerabzugsberechtigt Ja Nein

BANKDATEN: (für den Fall, dass eine Auszahlung an Sie vorgenommen werden muss)

Geldinstitut:

Kontonummer:

Bankleitzahl:

RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG:

Name:

Straße:

PLZ/Ort

Selbstbeteiligung Ja Nein

Versicherungsnummer:

Schadens-Nr.:

ANGABEN zur GEGENSEITE falls bekannt:

Vor- und Nachname:

Straße:

PLZ/Wohnort:

Gegnerischer Rechtsanwalt:

Information über den Sachstand per E-Mail

Mit Unterzeichnung des Mandanten-Fragebogen der Rechtsanwaltskanzlei Bianca Jörg, Walther-Rathenau-Straße 9, 64521 Groß-Gerau, willige ich ein, dass mich diese auch per E-Mail (falls angegeben) über den aktuellen Sachstand meiner Angelegenheit und eingehender Schreiben Dritter informiert.

Ich bin mir bewusst, dass ich Sorge dafür zu tragen habe, mein E-Mail-Postfach regelmäßig zu kontrollieren, um fristgerecht auf entsprechende Schreiben reagieren zu können.

Verschwiegenheitshinweis:

Die Rechtsanwältin ist nach deutschem Berufsrecht zur Verschwiegenheit und zur Vertraulichkeit verpflichtet. Die Korrespondenz im Internet und per E-Mail kann ggf. von Dritten verfolgt werden. Die Kanzlei Bianca Jörg wird E-Mail-Korrespondenz nur führen, wenn der Mandant, entsprechend belehrt, in die Korrespondenz per E-Mail ausdrücklich einwilligt.

Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen:

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch Rechtsanwältin Bianca Jörg, Walther-Rathenau-Straße 9, 64521 Groß-Gerau, Telefon: 06152/71 88 70, Fax: 06152/71 94 65

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie mich mandatieren, erhebe ich folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- weitere Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind (z.B. Geburtsdatum, Familienstand, Bankverbindung, Daten der Rechtsschutzversicherung, Angaben zum Streitgegner etc.)
- Die Erhebung dieser Daten erfolgt,
- um Sie als meinen Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung
- etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von mir erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und

andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

- Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und ich die Daten nicht mehr
- benötige, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie mir bereitgestellt haben,
- in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die
- Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wende

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@rajoerg.de

Groß-Gerau, den

Unterschrift Mandant

Gebührenrechtliche Belehrung:

Hiermit bestätige ich, dass mich Frau Rechtsanwältin Bianca Jörg darauf hingewiesen hat, dass sich die Gebühren nach dem Wert der Angelegenheit (Gegenstandswert/Streitwert) bemessen und, soweit keine anderen Vereinbarungen getroffen worden sind, nach dem Rechtsanwalts-vergütungsgesetz (RVG) abgerechnet werden.

Gleichzeitig wurde ich bei arbeitsrechtlichen Angelegenheiten auf die Sonderregelung der Kostentragungspflicht nach § 12a ArbGG, nach dem die Kosten der Parteien bis zum Abschluss der 1. Instanz von den Parteien selbst zu tragen sind und kein Kostenausgleich stattfindet, belehrt.